



Hendricks legt Wohngeld- und Mietenbericht vor

Hendricks legt Wohngeld- und Mietenbericht vor
Auf Vorschlag von Bundesbauministerin Barbara Hendricks hat das Bundeskabinett heute den "Wohngeld- und Mietenbericht 2014" beschlossen. Der Bericht bestätigt die Notwendigkeit der Maßnahmen, die von der Bundesregierung in diesem Jahr auf den Weg gebracht wurden: Mietpreisbremse, Wohngelderhöhung, Verdopplung der Zuschüsse an die Länder zur Förderung des Wohnungsbaus. Nach dem Wohngeldgesetz hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag alle vier Jahre über die Durchführung des Wohngeldgesetzes und über die Entwicklung der Mieten zu berichten. Der Bericht gibt einen Überblick über die Entwicklung des Wohngeldes und der Mieten für Wohnraum im Zeitraum 2011 bis 2014. So kam es in deutschen Groß- und Universitätsstädten im letzten Jahr zu deutlichen Mietsteigerungen. Vor allem für Menschen mit geringen Einkommen ist es deshalb schwierig, dort eine bezahlbare Wohnung zu finden.
Bundesbauministerin Barbara Hendricks: "Mit der Wohngeldreform 2016 und der Mietpreisbremse haben wir bereits wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Menschen direkt zu helfen und die Mietpreissteigerungen zu dämpfen. Ab dem kommenden Jahr stehen den Bundesländern außerdem doppelt so viele Bundesmittel wie heute für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Damit reagieren wir auch auf den Zuzug von Flüchtlingen." Von der Wohngeldreform werden ab 2016 beispielsweise rund 870.000 einkommensschwache Haushalte profitieren. Darunter sind rund 320.000 Haushalte, die durch die Reform neu oder wieder einen Anspruch auf Wohngeld erhalten. Von diesen werden rund 90.000 Haushalte von der Grundsicherung ins Wohngeld wechseln. Die Wohngeldausgaben von Bund und Ländern werden dadurch 2016 auf rund 1,5 Mrd. Euro steigen. Hendricks: "Die öffentliche Hand entlastet bereits heute über vier Millionen Haushalte direkt bei den Wohnkosten." Bisher profitierten 11 Prozent aller Haushalte von einer vollständigen oder teilweisen Entlastung bei den Wohnkosten. Wie der Bericht weiter zeigt, konnten 2014 zwar mehr neue Wohnungen fertiggestellt werden. Trotzdem lag die Anzahl noch immer unter dem Bedarf. Das Bundesbauministerium strebt deshalb eine stärkere Förderung für den Wohnungsneubau vor. Bewährt hat sich auch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm. Damit konnte die energetische Sanierung von über 4 Millionen Wohnungen gefördert werden, wodurch sich seit 2006 acht Millionen Tonnen an Kohlendioxid einsparen ließen und jährlich über 300.000 Arbeitsplätze in Mittelstand und Handwerk gesichert oder geschaffen wurden. Die Bruttokaltmiete - die Summe aus der Nettokaltmiete und kalten Betriebskosten - betrug 2014 laut Bericht im Bundesdurchschnitt 7,10 Euro je Quadratmeter und Monat. Bei einer 70-Quadratmeter-Wohnung entspricht dies einer Bruttokaltmiete von knapp 500 Euro. Die warmen Nebenkosten (Kosten für Heizung und Warmwasser) betragen 1,50 Euro je Quadratmeter und Monat.
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: presse@bmub.bund.de
www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pintr_=597359 width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.